

Betr.: Neuseeland
hier: Neuseeländisches Parlament verabschiedet Civil Union Bill

Zur Unterrichtung

Am 9. Dezember 2004 verabschiedete das neuseeländische Parlament mit einer knappen Mehrheit von 65:55 Stimmen die Civil Union Bill, die am 26. April 2005 in Kraft treten wird. Das Gesetz, das während seiner drei Lesungen zu mitunter heftigen Diskussionen im Parlament führte, schafft die Grundlage für eine rechtliche Anerkennung der Beziehungen gleichgeschlechtlicher sowie heterosexueller Paare, die nicht im herkömmlichen Sinne heiraten können oder wollen.

Im Einzelnen

Mit der Gesetzesinitiative betreffend die Civil Union Bill verfolgt die Labour Regierung insbesondere das Ziel, die Diskriminierung von Bürgern wegen ihrer homosexuellen Neigung zu verringern, der diese nach wie vor häufig ausgesetzt sind. Nach der Entkriminalisierung der Homosexualität in den 80er Jahren und dem Verbot der Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts soll das Gesetz einen weiteren Schritt zur rechtlichen Gleichstellung Homosexueller innerhalb der neuseeländischen Gesellschaft bringen. Zudem soll heterosexuellen Paaren die Möglichkeit eröffnet werden, ihre Verbindung anzuerkennen zu lassen, ohne im herkömmlichen Sinne heiraten zu müssen. Mit der Civil Union Bill wurden die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen für die Anerkennung der Verbindungen homosexueller sowie heterosexueller Paare, die nicht im herkömmlichen Sinne heiraten können oder wollen. Ausgeschlossen ist die als sog. Civil Union anerkannte Verbindung für miteinander verwandte Menschen; auch dürfen sich Paare in einer Civil Union nicht als „husband“ und „wife“ bezeichnen. Welche Rechte und Pflichten sich im Einzelnen für die nach der Civil Union Bill anerkannten Paare ergeben, die sich in einem vom Eheregister separaten Register registrieren lassen müssen, wird in einem Anfang nächsten Jahres im Parlament zu behandelnden Begleitgesetz, der Relationships (Statutory References) Bill, geregelt werden.

Die Gesetzesinitiative der Regierung traf auf geteilte Meinung sowohl innerhalb der Bevölkerung als auch im Parlament. Als einer der Kernpunkte der Diskussionen kristallisierte sich die Frage heraus, ob das Gesetz „gay marriages“, d.h. homosexuelle Ehen, erlauben würde. Gegner des Gesetzes sahen dahingehende Befürchtungen durch die vorgesehenen Regelungen bestätigt – trotz der Bezeichnung als „Civil Union“ und der Anwendung auch auf heterosexuelle Paare. Von Bürgern vorgebrachte Kritik gründete sich häufig auf religiöse Argumente wie Bibelstellen, in denen Homosexualität verdammt werde.

16-DEZ-2004 11:32 Hdsb. Amt 387-5 T43 1888 171338 3.02/03
Die großen neuseeländischen Kongregationskirchen reagierten unterschiedlich auf den
Gesetzentwurf. Während die anglikanische Kirche sich nicht öffentlich äußerte, machten
die katholischen Bischöfe Neuseelands deutlich, dass sie als Folge des Gesetzes die
Aushöhlung der Bedeutung von Ehe und Familie innerhalb der neuseeländischen
Gesellschaft befürchteten. Ein von ihnen kurz vor der entscheidenden dritten Lesung
verfasster Brief, in dem sie Gläubige dazu aufriefen, das Abstimmungsverhalten ihrer
Abgeordneten zu beobachten und bei der nächsten Wahl zu berücksichtigen, wurde von
weiten Teilen der Bevölkerung jedoch als Einmischung in politisches Geschehen verurteilt.
Die Destiny Church, eine relativ neue Sekte mit einer vor allem aus Maori bestehenden
Anhängerschaft, die Homosexualität als unnatürlich und abnormal grundsätzlich ablehnt,
sah in dem Gesetz eine Tragödie für Neuseeland und warnte vor den nicht absehbaren
Folgen. Andere hoben hervor, dass Homosexuelle bereits einen vergleichsweise hohen
rechtlichen Schutz in Neuseeland genossen und weitergehende Regelungen nicht
erforderlich seien.

Die drei Lesungen des Gesetzentwurfs im neuseeländischen Parlament, die regelmäßig von
einer Vielzahl von Zuhörern verfolgt wurden, führten zu hitzigen Diskussionen unter den
Abgeordneten. Einige Abgeordnete warfen der Regierung vor, ein „radikales Experiment in
angewandten Sozialwissenschaften“ durchführen zu wollen. Das Gesetz stelle einen
Angriff auf das Institut der Ehe dar und decke die „anti-family“ Einstellung der Regierung
auf. Kritisiert wurde zudem die Eile, mit der das Gesetz verabschiedet werden sollte.
Widerstand kam vereinzelt auch aus den Reihen der Labour Party, wobei die ablehnende
Haltung einer Abgeordneten damit begründet wurde, die Anerkennung einer Civil Union
sei eine Ehe 2. Klasse und stelle keine Verbesserung, sondern eine weitere
Ungleichbehandlung von Homosexuellen dar. Befürworter des Gesetzes machten deutlich,
dass ihrer Ansicht nach das Gesetz keine „gay marriages“ erlaube, sondern eine von der
Ehe abweichende rechtliche Möglichkeit der Anerkennung von Verbindungen schaffe. Das
Gesetz sei eine notwendige Maßnahme zur Beendigung der Diskriminierung von
Homosexuellen und von heterosexuellen Paaren, die nicht heiraten können oder wollen,
und gehöre zu den wichtigsten Gesetzgebungsverfahren im Hinblick auf die Wahrung der
Menschenrechte in Neuseeland. Der Widerstand gegen das Gesetz gründe sich oft auf
Angst und Unwissen der Menschen über Homosexualität.

Vor der entscheidenden Abstimmung, die unabhängig von der Parteizugehörigkeit als
„conscience vote“ durchgeführt wurde, wurde eine Vielzahl von Ergänzungsanträgen
seitens eines Abgeordneten der National Party mehrheitlich abgelehnt. Ebenso wurde der
u.a. von Oppositionsführer Don Brash unterstützte Vorschlag abgelehnt, ein Referendum
über das Gesetz anlässlich der im nächsten Jahr anstehenden Wahl abzuhalten. Obwohl
einige Abgeordnete aus verschiedenen Gründen in letzter Minute ihr
Abstimmungsverhalten änderten, entsprach das endgültige Ergebnis mit 65:55 Stimmen
letztendlich der Abstimmung nach der 2. Lesung des Gesetzes. Lediglich die „Greens“ und
die „Progressive Coalition“ stimmten geschlossen für das Gesetz, „United Future“ und die
Maori-Partei dagegen. Alle anderen Parteien waren geteilter Meinung. Hervorzuheben ist
die Unterstützung des Gesetzes durch den einzigen im Parlament vertretenen muslimischen
Abgeordneten, Choudhary (Labour), der seine Entscheidung mit der Überzeugung
begründete, dass in einer säkularen Gesellschaft die Ansichten und Rechte aller
Minderheiten berücksichtigt werden müssen.

Wertung

Die Civil Union Bill reiht sich ein in die gesetzlichen Vorhaben einer Vielzahl anderer Länder während der letzten Jahre, nicht zuletzt auch der Bundesrepublik Deutschland, die offener oder unterschwelliger Diskriminierung homosexueller Menschen durch rechtliche Anerkennung ihrer Beziehungen und Gewährung von Rechten vergleichbar denjenigen von verheirateten Paaren ein Ende bereiten wollen. Trotz der teilweise heftigen Kritik während des Gesetzgebungsverfahrens ergaben Meinungsumfragen, dass die Mehrheit der neuseeländischen Bevölkerung, insbesondere die jüngere Bevölkerung, das Vorhaben der Regierung unterstützt.